

# BIW *Aktuell*

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

2. Jahrgang

Ausgabe 2/2005

18.04.2005

---

## In dieser Ausgabe lesen Sie:

Nachruf: Zum Tod von Johannes Paul II .....	1
Staatliche Kontenabfrage gegen Steuer- und Sozialbetrug .....	2
Deutsche gegen EURO .....	4
EU-Bürokratiewahn gefährdet Armenhilfe .....	5
Job-Gipfel für Mittelstand enttäuschend .....	5
Der gute Rat .....	6
Zu guter Letzt .....	6
Impressum .....	7

## Nachruf: Zum Tod von Johannes Paul II

Am 8. April wurde Papst Johannes Paul II unter großer öffentlicher Anteilnahme in Rom beigesetzt. Der 6 Tage zuvor verstorbene Johannes Paul, der im Oktober 1978 in sein Amt gewählt wurde, stand fast 27 Jahre an der Spitze der katholischen Kirche. Nur wenige Päpste regierten den Vatikan länger als der ehemalige Erzbischof von Krakau. Und kaum ein Pontifex vor ihm war so populär wie der charismatische Karol Wojtyła. Denn Johannes Paul II versteckte sich nicht einfach hinter den Mauern des Vatikans wie die meisten seiner Vorgänger, sondern reiste hinaus in die Welt, um den Menschen die Botschaft der Kirche zu verkünden. Und er scheute sich nicht, klare Positionen zu vertreten, ohne Rücksicht auf den Zeitgeist oder die veröffentlichte Meinung speziell in den westlichen Industriestaaten zu nehmen. Die kompromißlose Verurteilung der Abtreibung, die Ablehnung von Homosexualität

als Sünde und das konsequente Festhalten am Zölibat sind nur einige Beispiele für die Grundhaltung von Karol Wojtyła.

Seiner Beliebtheit gerade bei der Jugend tat das freilich keinen Abbruch, eher im Gegenteil. Papst Johannes Paul II erwies sich Zeit seines Lebens als ein moralischer Fels in der Brandung, als eine stabile und verlässliche Größe in einer Welt, die sich im Zuge der Globalisierung und des technischen Fortschritts rasant verändert. Diese Rolle, aber auch sein Eintreten für Frieden und Gerechtigkeit oft gegen die politisch Mächtigen der Welt verschaffte ihm selbst bei vielen seiner Kritiker Respekt. Wohin im Gegensatz dazu die Anbiederung an den modernistischen und letztlich gottlosen Zeitgeist führen kann, zeigt der Niedergang der protestantischen Kirche in Europa mit aller Deutlichkeit.

Johannes Paul II wird aber auch deshalb in die Geschichte eingehen, weil er unbestreitbar einen wichtigen Anteil an der Niederringung des Kommunismus in Osteuropa hatte, den er bereits 1979 in einer Rede als „Schande der Menschheit“ bezeichnete. Klare Worte in einer Zeit, da „aufgeklärte“ Politiker auch und gerade in Deutschland noch offen mit den Sowjets und ihren Vorfeldorganisationen in der westlichen Welt sympathisierten, mitunter sogar paktierten. Auch deshalb wird Johannes Paul II konservativen Demokraten unabhängig vom Glaubensbekenntnis stets in positiver Erinnerung bleiben.

Der Papst ist tot. Es lebe der Papst! Mit dem Deutschen Joseph Kardinal Ratzinger hat das Konklave in Rom einen Nachfolger

gefunden, der als enger Vertrauter von Johannes Paul II stets Vertreter der reinen kirchlichen Lehre war. Es spricht deshalb viel dafür, daß der neue Papst Benedikt XVI den Kurs seines Vorgängers fortsetzen wird, auch wenn er schon wegen seines Alters von immerhin 78 Jahren wohl nur ein Pontifex des Übergangs sein kann. Solange Ratzinger an der Spitze des Vatikans steht ist die Hoffnung berechtigt, daß die katholische Kirche – anders als der Protestantismus – nicht den Verlockungen der hedonistischen Moderne erliegt. Nur eine Kirche die den Mut hat, die Grundsätze des Christentums auf Basis der Bibel gegen alle Widerstände mutig zu verteidigen, wird ihre Glaubwürdigkeit bewahren und damit eine ernstzunehmende Größe im 21. Jahrhundert bleiben können.

## **Staatliche Kontenabfrage gegen Steuer- und Sozialbetrug**

Ende 2003 verabschiedeten Bundestag und Bundesrat das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit, das u.a. die Möglichkeit für Finanzämter und Sozialbehörden vorsieht, die Konten- und Depotdaten von Bürgern bei inländischen Banken abzufragen, und zwar auch ohne Vorliegen einer Straftat. Den Beamten soll es so erleichtert werden, Angaben in Steuererklärungen oder Anträgen auf staatliche Unterstützungsleistungen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Heute sind solche Kontrollen wegen des bis dato geltenden strengen Bankgeheimnisses nur bei einem begründeten Anfangsverdacht möglich, der aber in der Praxis nur schwer zu konstruieren ist. Den Mitarbeitern der Behörden blieb deshalb im Regelfall gar nichts anderes übrig als den Angaben der Bürger zu vertrauen. Dabei gehen Experten von dreistelligen Milliardensummen aus, die dem Staat Jahr für Jahr durch Steuer- und Sozialbetrug in Deutschland verloren gehen. Schon für 1998 bezifferte der Bundesrechnungshof das Volumen der Steuerhinterziehung

auf mehr als 75 Mrd. €. Heute dürften es bereits rund 80 Mrd. € sein, Tendenz weiter steigend. 90% aller in Deutschland abgegebenen Steuererklärungen sind falsch.

Immer dramatischere Ausmaße nimmt auch der mißbräuchliche Bezug von Sozialleistungen an. Allein 2003 wurden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) bundesweit 224.900 Fälle registriert, in denen ein Bußgeld- bzw. Strafverfahren wegen Leistungsbetrug aufgegriffen bzw. eingeleitet wurde. Das bedeutet einen saten Zuwachs von 21% gegenüber 2002. Wegen der Arbeitsmarktreform Hartz IV dürfte das Volumen noch einmal deutlich zunehmen. So wollen laut einer aktuellen Umfrage 68% der potentiellen Bezieher des neuen Arbeitslosengeldes II, deren Vermögen über den Freibeträgen liegt, versuchen, die gesetzlichen Regelungen zur Vermögensanrechnung zu umgehen. Doch der Sozialbetrug ist keineswegs nur auf den Bereich der Arbeitsverwaltung

beschränkt. Im Rahmen einer kürzlich durchgeführten Sonderprüfung von 1,1 Millionen Bafög-Empfängern kam heraus, daß allein in den Jahren 2000 bis 2002 fast 64.000 Studenten bei der Antragstellung eigene Sparguthaben verschwiegen hatten und damit zu Unrecht die staatliche Ausbildungsförderung kassierten. Der Gesamtschaden beläuft sich auf knapp 252 Mio. €, die jetzt von den Betroffenen zurückgefordert werden.

Der Steuer- und Sozialbetrug ist in Deutschland längst zu einem Volkssport geworden. Und die Dunkelziffer ist erheblich, denn die heute bekannten Zahlen geben nur die Spitze des Eisbergs wieder. Verschärfte Kontrollmaßnahmen durch den Staat waren deshalb längst überfällig. Dennoch bedurfte es eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, um die Verantwortlichen endlich zum Handeln zu zwingen. Die Karlsruher Richter stellten nämlich in einem aufsehenerregenden Urteil vom März 2004 fest, daß die sogenannte Spekulationssteuer auf Wertpapiergewinne verfassungswidrig ist, weil deren Erhebung durch die Finanzämter nicht kontrolliert werden konnte und deshalb der Grundsatz der gleichmäßigen Besteuerung verletzt war. Soll heißen: Wer in der Vergangenheit die Spekulationssteuer nicht bezahlte, mußte kaum mit seiner Entdeckung durch den Fiskus rechnen, denn das deutsche Bankgeheimnis schützte die Konten und Depots der Hinterzieher. Die Spekulationssteuer war somit eine reine „Dummensteuer“, die folglich auch nur von etwa 10% der Steuerpflichtigen tatsächlich entrichtet wurde. Mit der seit 1.4.2005 erleichterten Konten- und Depotabfrage durch die Finanzämter und den ebenfalls neu eingeführten Jahresbescheinigungen der Banken soll dem nun ein Riegel vorgeschoben werden. Interessenorganisationen und Datenschützer laufen gegen die Kontenabfrage durch Finanzämter und Sozialbehörden Sturm. Der

Bund der Steuerzahler beschwört die Gefahr des „gläsernen Steuerzahlers“ als Folge der Neuregelung herauf. Und der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar warnt vor einem generellen Mißbrauchsverdacht gegen jeden Bürger, der sich in den neuen Kontrollmöglichkeiten manifestiere.

Der BIW meint: Datenschutz darf kein Täterschutz sein! Es ist deshalb richtig, das Bankgeheimnis zu lockern, um Steuerhinterziehern und Sozialbetrüchern das Handwerk legen zu können. Denn diese schwarzen Schafe schädigen das Gemeinwesen und bereichern sich auf Kosten der breiten Masse von Bürgern, die ihre Steuern und Abgaben ordnungsgemäß entrichten. Wenn der Steuerzahlerbund, der in dieser Frage natürlich die Steuerunwilligen vertritt, vom „gläsernen Steuerbürger“ fabuliert, dann überschätzt er erstens die personellen Möglichkeiten der Finanzämter, die knapp 500 Millionen privaten Bankkonten in Deutschland zu prüfen. Und er übersieht zweitens, daß ein Großteil der Steuerzahler hierzulande längst „gläsern“ ist. Gemeint sind die abhängig Beschäftigten, bei denen die Lohn- und Einkommenssteuer vom Arbeitgeber direkt an die Finanzämter abgeführt wird. Die Möglichkeiten von Arbeitnehmern, Einnahmen am Fiskus vorbei zu mogeln, sind also gering. Ganz anders sieht das beispielsweise bei den Beziehern von Kapitaleinkünften oder Börsenspekulanten aus. Und eben deshalb müssen die Kontrollmöglichkeiten hier verbessert werden, auch und gerade im Interesse der Steuergerechtigkeit.

Und selbstverständlich müssen auch Sozialbehörden prüfen können, ob die Vermögensangaben, die in einem Antrag zur Gewährung staatlicher Unterstützungsleistungen gemacht werden, tatsächlich der Wahrheit entsprechen. Es kann ja wohl nicht sein, daß sich jemand auf Kosten der Allgemeinheit seinen Lebens-

unterhalt finanzieren läßt und gleichzeitig größere Ersparnisse, die er auf irgendeinem Sparbuch deponiert hat, verheimlicht. Der grassierende Leistungsbetrug ist ein Grund dafür, daß die Kassen des Sozialstaats leer sind. Die Folge: Es muß gespart werden, und das geschieht durch Kahlschlagskürzungen, die alle Leistungsempfänger gleichermaßen treffen – also auch die Menschen, die sich selbst nicht helfen können und deshalb tatsächlich auf die Unterstützung durch die Allgemeinheit angewiesen sind. Hartz IV läßt grüßen!

Natürlich ist die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland zu hoch und das Steuerrecht viel zu kompliziert. Das rechtfertigt aber weder Steuerhinterziehung noch Sozialleistungsbetrug. Und machen

wir uns nichts vor: Auch wenn die Steuersätze niedriger und die staatlichen Hilfen großzügiger wären, gäbe es immer noch genügend Bürger, die mit unlauteren Tricks versuchen würden, ihren Obolus an den Fiskus zu senken oder Unterstützungsleistungen zu ergaunern. An wirklichen Kontrollen kommen wir also nicht vorbei. Nur so läßt sich wirklich soziale Gerechtigkeit in Deutschland herstellen. Wer das als einen unzulässigen „Generalverdacht“ brandmarkt, der muß sich im Prinzip auch gegen jede Form der Verkehrsüberwachung stark machen, die so gesehen nicht anderes als die vermeintliche Diffamierung der überwältigenden Mehrheit gesetzestreuer Verkehrsteilnehmer darstellt.

## Deutsche gegen EURO

Nach einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach wünscht sich auch drei Jahre nach Einführung des EURO eine klare Mehrheit der Deutschen die DM wieder zurück. 59% der Befragten würden die sofortige Rückkehr zur Mark befürworten, während sich umgekehrt nur 32% voll auf die neue Gemeinschaftswährung eingestellt haben. Damit hat sich das Stimmungsbild in der Bevölkerung seit Einführung des EURO als Zahlungsmittel am 1.1.2002 kaum verändert. Damals votierten 62% gegen die europäische Gemeinschaftswährung und nur 29% für die Umstellung. Die Rechnung der Politiker, daß die Deutschen den EURO im Laufe der Zeit schon akzeptieren würden, hätten sie das neue Geld erst einmal im Portemonnaie, ist also zumindest bislang nicht aufgegangen. Kein Wunder, hat doch der EURO für jeden Durchschnittsverbraucher sichtbar zu einem deutlichen Preisauftrieb bei Gütern des täglichen Bedarfs geführt. Vielfach wurden im Handel mit

der Einführung des EURO nicht die Beträge, sondern lediglich das Währungszeichen ausgetauscht.

Daß der EURO tatsächlich ein „Teuro“ ist, räumen mittlerweile selbst Spitzenpolitiker wie der niedersächsische SPD-Fraktionsvorsitzende Sigmar Gabriel ein – entgegen den absurden Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus Wiesbaden, die uns das Gegenteil weismachen wollen. Doch diese späte Erkenntnis hilft den Bürgern wenig. Sie sind nicht gefragt worden als die Politiker in Berlin und Brüssel die DM auf dem Altar des europäischen Integrationswahns opferten. Und auch bei der anstehenden Ratifizierung der neuen EU-Verfassung, mit der Deutschlands Souveränität dramatisch ausgehöhlt wird, soll dem deutschen Volk einmal mehr kein direktes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Aber hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen! Doch dazu in Kürze mehr.

## EU-Bürokratiewahn gefährdet Armenhilfe

Durch eine seit 1. Januar 2005 geltende neue EU-Lebensmittelverordnung wird die Arbeit der gemeinnützigen Tafel-Vereine, die Bedürftige und Hilfseinrichtungen mit kostenlosen Lebensmitteln versorgen, massiv gefährdet. Die Tafel-Vereine beziehen ihre Waren in erster Linie aus Lebensmittelspenden großen Supermarktketten. Bei diesen Spenden handelt es sich um Nahrungsmittel, die wegen des nahenden Verfallsdatums nicht mehr verkauft werden können und die deshalb den Tafel-Vereinen kostenlos überlassen werden. Die neue EU-Vorschrift zwingt die Spender jetzt dazu, jedes abgegebene Produkt schriftlich zu dokumentieren, damit der Weg der Lebensmittel zum Verbraucher lückenlos nachvollzogen werden kann. Für die Händler bedeutet diese Regelung einen

erheblichen bürokratischen Aufwand und damit Mehrkosten.

Kein Wunder also, daß immer mehr Lebensmittelspender abspringen. Als erste überregionale Supermarktkette hat EDEKA die Zusammenarbeit mit den Tafel-Vereinen beendet. Die Initiatoren der Hilfsaktionen befürchten nun, daß andere Spender diesem Beispiel folgen werden. Die Leidtragenden der zentralistischen Regelungswut in Brüssel sind (einmal mehr) die bedürftigen Menschen, die auf die Unterstützung der Tafeln angewiesen sind. Das Verbraucherschutzministerium in Berlin hat zwischenzeitlich zugesagt, sich um eine unbürokratische Lösung bemühen zu wollen. Man darf auf das Ergebnis gespannt sein.

## Job-Gipfel für Mittelstand enttäuschend

„Der Berg kreite und gebar ein Mäuschen“, so lassen sich die Ergebnisse des mit viel öffentlichem Brimborium abgehaltenen Job-Gipfels von Regierung und CDU/CSU-Opposition am 17.03.2005 in Berlin zusammenfassen. Vor allem für die klein- und mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind die Ergebnisse des Spitzentreffens enttäuschend. Zwar ist die längst überfällige Neuregelung der Erbschaftssteuer, die nun offenbar endlich angegangen wird und den Betriebsübergang erleichtern soll, positiv zu bewerten; von der avisierten Senkung der Körperschaftssteuer von 25% auf 19%, die dem Staat Steuerausfälle in Höhe ca. 3,6 Mrd. EURO pro Jahr kosten bescheren wird, profitieren aber einmal mehr nur die Kapitalgesellschaften und damit in erster Linie die Konzerne. Denn die klein- und mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind vornehmlich als Personengesellschaften und Einzelunternehmen

organisiert, zahlen also keine Körperschafts-, sondern Einkommenssteuer. Gleichzeitig sollen aber, um die Maßnahmen für die hoch verschuldete öffentliche Hand aufkommensneutral zu halten, „Steuerschlupflöcher“ für Unternehmen geschlossen werden. Im Gespräch ist u.a. eine weitere Beschränkung von Abschreibungsmöglichkeiten. Doch das trifft im Zweifel alle Firmen, also auch die Klein- und Mittelständler. Auf diese Weise finanzieren die kleinen Betriebe die Entlastung der großen Unternehmen teilweise mit.

Man kann die politisch Verantwortlichen gar nicht oft genug daran erinnern, daß der gewerbliche Mittelstand Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist. Die 3,4 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Selbständigen und Freiberufler machen 99,7% aller Betriebe in Deutschland aus. Sie stellen 70,2% der Arbeits- und 82,7% der Ausbildungsplätze. Und sie tätigen

41,2% aller steuerpflichtigen Umsätze. Eine wirtschaftsfreundliche Politik, die das Problem der Arbeitslosigkeit endlich in den Griff bekommen will, muß sich deshalb konsequent an den Interessen des Mittelstands orientieren. Tatsächlich aber werden in Deutschland vor allem die großen Unternehmen hofiert, und zwar nicht nur durch Steuergeschenke, sondern auch die bedingungslose Öffnung der Märkte, etwa nach Osteuropa. Während die international operierenden deutschen Konzerne ihre Gewinne dank des florierenden Auslandsgeschäftes weiter steigern (und trotzdem massiv Arbeitsplätze abbauen), sehen sich vor allem kleinere Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe mit der Billiglohnkonkurrenz aus den osteuropäischen Bei-

trittsländern konfrontiert. Die Situation könnte sich noch verschärfen, wenn spätestens 2011 die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten hergestellt ist. Sollte es infolgedessen zu einem nachhaltigen Beschäftigungseinbruch im Mittelstand kommen, dürfte das gerade erreichte historische Hoch von offiziell 5,3 Millionen Arbeitslosen in Deutschland noch lange nicht das Ende der Fahnenstange sein.

P.S.: Die 30 größten börsennotierten Unternehmen Deutschlands konnten ihre Gewinne 2004 auf zusammen 35,7 Mrd. Euro verdoppeln. Gleichzeitig haben diese Konzerne im gleichen Zeitraum hierzulande knapp 35.000 Stellen gestrichen.

## Der gute Rat

Anis, Knoblauch, Basilikum und Co. verfeinern nicht nur Speisen, sie sind obendrein gesund und zusätzlich eine schnelle Hilfe bei gesundheitlichen Problemen. Gegen Blähungen und Krämpfe helfen Anis, Kümmel und Fenchel. Basilikum und Knoblauch regen die Magensaftproduktion und die Verdauung an. Bei Erkältungen wärmstens zu empfehlen: Gurgeln Sie mit Salbeitee, der vorher 10 Min. gezogen hat.

Gegen Halsentzündungen und Schnupfnasen helfen Aufgüsse mit Thymian oder Fenchel. Medizin für Zähne und Zahnfleisch: Salbeitee zum Spülen bei Zahnfleischentzündungen; bei Zahnschmerzen helfen Gewürznelken zum Kauen, die Zeit bis zum Zahnarztbesuch zu überbrücken. Ein Bad mit dem ätherischen Öl des Rosmarinkrautes wirkt anregend und belebend.

## Zu guter Letzt

Stoiber ist zu Gast bei der Queen in London. Nach ein bißchen Small-Talk fragt er die Queen, was das Geheimnis ihres großen Erfolges ist. Die Queen meint, man müsse nur viele intelligente Leute um sich herum haben. *"Wie wissen Sie so schnell, ob jemand intelligent ist?"* fragt Stoiber. *"Lassen Sie es mich demonstrieren"*, antwortet die Queen. Sie greift zum Telefon, ruft Tony Blair an und stellt ihm eine Frage: *"Mr. Premierminister. Es ist der Sohn ihres Vaters, ist aber nicht ihr Bru-*

*der. Wer ist es?"* Ohne zu zögern antwortet Toni Blair: *"Ganz einfach, das bin ich!"* *"Sehen Sie"*, sagt die Queen, *"so teste ich die Intelligenz der Leute, die um mich herum sind."* Begeistert fliegt Stoiber zurück nach Deutschland. Zu Hause angekommen, ruft er sofort Schröder an, um ihm dieselbe Frage zu stellen. *"Es ist der Sohn deines Vaters, ist aber nicht dein Bruder. Wer ist es?"* Nach langem hin und her sagt Schröder: *"Ich habe keine Ahnung, ich werde aber versuchen, die Antwort bis*

*morgen herauszufinden!" Schröder kommt und kommt nicht drauf und ruft letztendlich bei Fischer an. "Es ist der Sohn deines Vaters, ist aber nicht dein Bruder. Wer ist es?", fragt er Fischer. "Ganz leicht, das bin ich!" antwortet Fischer. Glückliche die*

Antwort gefunden zu haben, ruft Schröder bei Stoiber an und jubelt: *"Ich hab die Antwort, es ist der Fischer!"* Stoiber brüllt ihn triumphierend an: *"Nein, du Trottel, es ist der Tony Blair!"*

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählervereinigung Bürger in Wut, Rotdornallee 18 a, D-28717 Bremen. Telefon 0421/69 49 93 00. Fax 0421/69 49 93 01. E-Mail: [timke@buerger-in-wut.de](mailto:timke@buerger-in-wut.de). Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW.